

II-14493 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 7084 13

1994-07-16

ANFRAGE

der Abgeordneten Stoitsits, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend Aufenthaltsgesetz

Laut Zeitungsberichten und Briefen von Wissenschaftern ist durch das Aufenthaltsgesetz die Internationalität der österreichischen Universitäten und Hochschulen gefährdet (siehe Bericht im Kurier vom 28.4.1994).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wieviele Beschwerden von Professoren, die an österreichischen Universitäten und Hochschulen ihre Lehrtätigkeit ausüben, wurden seit Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes an Sie herangetragen?
2. Teilen Sie die Auffassung, daß durch das Aufenthaltsgesetz die Internationalität der Universitäten und der Hochschulen Österreichs gefährdet ist?
3. Wenn nein, was sagen Sie zu den von den verschiedensten Professoren der österreichischen Universitäten und Hochschulen vorgetragenen Beschwerden bezüglich des Aufenthaltsgesetzes?
4. Wenn ja, was haben Sie seit dem 1.1.1994 unternommen, um die Gefährdung der Internationalität der österreichischen Universitäten und Hochschulen zu verhindern?
5. Student/inn/en aus Dritte-Welt-Ländern müssen seit Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes am Beginn des Studiums ein Guthaben von S 70.000,-- nachweisen. Findet diese Vollzugspraxis Ihre Zustimmung?
6. Wenn nein, was haben Sie bis heute dagegen unternommen, was gedenken Sie in Zukunft dagegen zu unternehmen?
7. Wenn ja, wie kann angesichts dieser Vollzugspraxis ein Studienaufenthalt für Student/inn/en aus Entwicklungshilfsländern sichergestellt werden?

Internationalität der Uni bedroht

Aufenthaltsgesetz verhindert Austauschprogramme / Quoten für laufendes Jahr erschöpft / Rektor fordert rasche Reform

Katharina Kramer

Das Aufenthaltsgesetz bedroht die internationalen Austauschprogramme der Universität Innsbruck. Mit dieser Hiobsbotschaft wandte sich Rektor Hans Moser am Mittwoch an die Öffentlichkeit. „Da Studierende (neben Gastarbeitern und Asylwerbern)

ebenfalls unter die Quote des neuen Aufenthaltsgesetzes fallen, die pro Bundesland festgelegt ist, mehren sich die Anzeichen, daß im Oktober (Beginn des Wintersemesters) alles dicht ist“, so Moser.

So wurde Cathleen M. Cowhey, Leiterin des Studienprogramms der University of Notre Dame

(USA), informiert, daß amerikanische Studiosi in diesem Jahr wahrscheinlich keine Aufenthaltsgewilligung bekommen werden. Bis dato kamen pro Jahr zwei Dutzend Studenten aus den USA nach Innsbruck, um ihre Studien zu vertiefen. Im Gegenzug reisten zwei bis drei Österreicher, denen sämtliche Kosten für den Studienaufenthalt ersetzt

Auf ein Studienjahr nach Innsbruck

Seit bald dreißig Jahren werden zwischen Innsbruck und der University of Notre Dame im US-Bundesstaat Indiana Studenten ausgetauscht. Im September 1964 verbrachten erstmals 50 Studierende aus Nordamerika ein Studienjahr in der Tiroler Landeshauptstadt. In den vergangenen 29 Jahren haben nahezu 1800 junge Amerikanerinnen und Amerikaner im Rahmen dieses Austauschprogramms ein Jahr lang ihre Studien in Innsbruck vertieft. Als Gegenleistung bietet die University of Notre Dame jährlich zwei bis drei Innsbrucker Studierenden ein Vollstipendium zur Erlangung eines Postgraduate-Abschlusses.

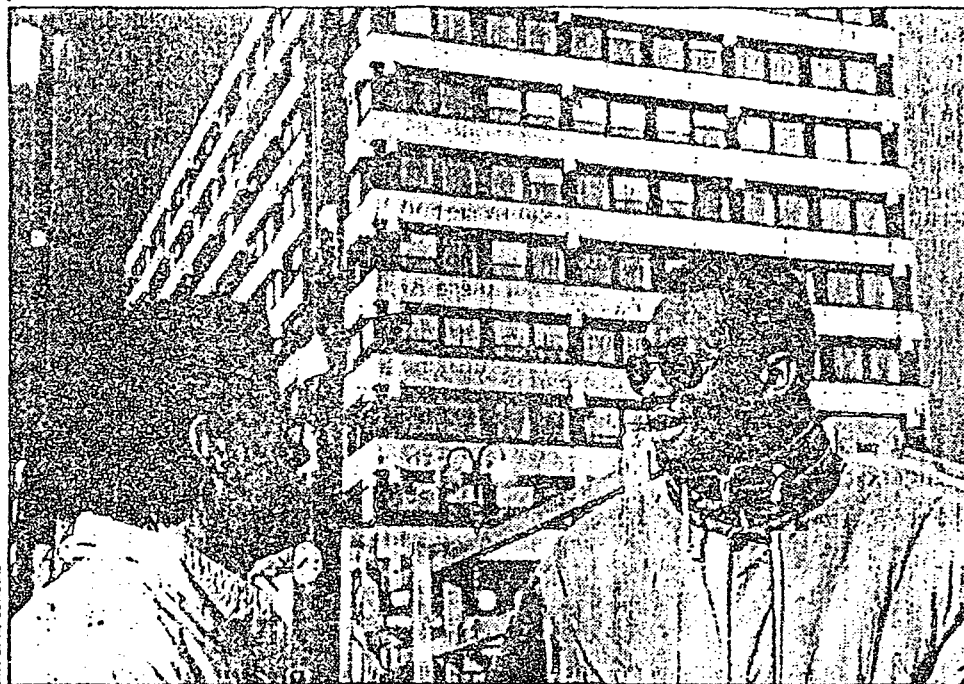


Bild: S. R. Schöberl

Die Internationalität der Innsbrucker Universität ist aufgrund des Aufenthaltsgesetzes gefährdet

wurden, nach Übersee. „Jetzt müssen wir diesen Freundschaftsvertrag zwischen Notre Dame und Innsbruck neu überdenken. Wir sind verwirrt. Wir wissen nicht, was die Österreicher mit diesem Aufenthaltsgesetz wollen“, klagt Cowhey. Erste Folgen

des „gloriosen Gesetzes“, so Moser sarkastisch, ist der Rückgang der Neu-Ins-kribierten aus dem Nicht-EU- oder -EWR-Ausland. Interessenten werden bereits in ihren Heimatländern abgeschreckt. Für viele sind die Eingangshürden nach Österreich un-

überwindlich. Neben einer Wohnung und einer Krankenversicherung müssen sie ein Guthaben von 70.000 S nachweisen. Für Studierende aus Entwicklungsländern oft unmöglich. Fazit: Moser fordert eine rasche Reform des Aufenthaltsgesetzes.